



Bundesamt für
Verfassungsschutz

„VOLKSMODJAHEDIN IRAN“ UND IHRE FRONTORGANISATION „NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN“



BUNDESAMT FÜR
VERFASSUNGSSCHUTZ

„VOLKSMODJAHEDIN IRAN“
UND IHRE FRONTORGANISATION
„NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN“

Impressum:

Herausgeber: Bundesamt für Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Merianstraße 100
50765 Köln
Tel.: 02 21 / 792 - 38 38
Fax: 02 21 / 792 - 12 47
E-Mail: pressereferat@verfassungsschutz.de
<http://www.verfassungsschutz.de>

Titelgestaltung: Bundesamt für Verfassungsschutz

Stand: November 2008

Layout und Druck: Bundesamt für Verfassungsschutz
IT 21.2 PrintCenter

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz herausgegeben. Sie darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Bundesamtes zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.

Auszugsweise Wiedergabe mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	Seite
Überblick	5
1 Gründung und Ideologie der „Volksmodjahedin Iran“ (MEK)	7
1.1 Kampf gegen das iranische Regierungssystem vor der „Islamischen Revolution“	8
1.2 Kampf gegen das iranische Staatssystem nach der „Islamischen Revolution“	8
2 Das politische Programm des „Nationalen Widerstandsrates Iran“ (NWRI)	10
3 Die weltweiten Aktivitäten der „Volksmodjahedin“	11
3.1 Autoritärer Führungsstil	11
3.2 Terroristische Aktivitäten im Heimatland	13
3.3 Reaktionen auf Terroranschläge der MEK	13
3.4 Politischer Kampf im Westen	15
4 Die Aktivitäten der Organisation in Deutschland	17
5 Finanzquellen der Organisation	19
5.1 Erschleichen von Sozialleistungen	19
5.2 Missbrauch von Spenden	20
6 Ausblick	22

Überblick

Die Organisation der „Volksmodjahedin Iran“¹ (in Farsi „Modjahedin-E-Khalq“ oder kurz MEK genannt) galt bis in die jüngere Vergangenheit als eine schlagkräftige und militante iranische Oppositionsgruppe, die sich den gewaltsamen Umsturz des iranischen Regierungssystems zum Ziel gesetzt hatte. Bis zum Sturz Saddam Husseins unterhielt sie mit der „Nationalen Befreiungsarmee“ (National Liberation Army, NLA) im Irak einen militärischen Arm, der in der Vergangenheit für zahlreiche terroristische Anschläge im Iran verantwortlich war.

Als politischer Arm der MEK in Europa und Nordamerika fungiert der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI), der unter anderem durch massive Propaganda und systematische Geldbeschaffungsaktivitäten in Erscheinung tritt.

Immer wieder gelingt es der MEK durch lautstarke und professionell betriebene Agitation, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Einen bislang beispiellosen Höhepunkt bildeten Selbstverbrennungsaktionen in London, Paris, Rom und Bern am 17./18. Juni 2003.

Anlass waren Maßnahmen französischer Sicherheitskräfte im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen die MEK wegen des Verdachts krimineller Geldbeschaffungsmethoden, der Gründung einer terroristischen Vereinigung und weiterer Delikte (Durchsuchung der MEK-Europazentrale bei Paris und zwölf weiterer Objekte sowie die zeitweise Festsetzung von mehr als 150 Anhängern). Bei den Durchsuchungen wurden u.a. etwa 9 Millionen US-Dollar in bar sowie Kommunikationsgeräte und Sendeanlagen mit hoher Reichweite sichergestellt. Gegen elf Funktionäre, darunter auch Maryam Radjavi, Ehefrau des MEK-Führers Massoud Radjavi, wurden Haftbefehle erlassen. Maryam Radjavi, die von der Organisation als Exil-Präsidentin des Iran bezeichnet wird, wurde kurze Zeit später, ebenso wie die übrigen Festgenommenen, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Organisation versucht durch geschickte Lobbyarbeit die öffentliche Meinung sowie gesellschaftliche und politische Entscheidungsträger zu beeinflussen, um den eigenen Status in der Öffentlichkeit und im politischen Raum aufzuwerten. Sie versucht immer wieder in Deutschland Kontakte zu Regierungsvertretern und Parlamentariern auf Bundes- und Länderebene aufzunehmen, um diese über die angeblich demokratischen Ziele der Organisation zu informieren und zu einer politischen Unterstützung zu bewegen. Der NWRI verfolgt damit insbesondere das Ziel, die erstmals im Mai 2002 auch in Europa vorgenommene Listung der MEK als Terrororganisation aufzuheben. Den bisherigen Höhepunkt dieser Lobbyarbeit des NWRI in Deutschland bildete ein Besuch von Maryam Radjavi vom 23.-27. November 2008 in Berlin.

1 Übersetzung aus dem Persischen (Farsi): Modjahedin, Plural von Modjahed, bedeutet Glaubenskämpfer.

NWRI und MEK sind seit vielen Jahren Beobachtungsobjekte der Verfassungsschutzbehörden, vor allem wegen der bis 2001/2002 gezeigten Gewaltbereitschaft der MEK bzw. der NLA.

Diese Publikation beschreibt insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Irak die aktuelle Situation und Bedeutung der Organisation. Sie legt den nach wie vor totalitären Charakter der MEK dar, die sich – obgleich ihr militärischer Arm als zerschlagen gilt – bis heute nicht explizit von der Gewaltanwendung als Handlungsoption im Rahmen des politischen Kampfes distanziert hat.

1 Gründung und Ideologie der „Volksmodjahedin Iran“ (MEK)

Die MEK wurde im Jahre 1965 durch junge Intellektuelle der iranischen Mittelschicht als Opposition zum damaligen monarchistischen Schah-Regime gegründet.

Die revolutionär-marxistische Organisation entwickelte eine Ideologie, die den Islam mit dem Marxismus verknüpfte. In den ersten Jahren nach der Gründung wurde die Existenz der Gruppe geheim gehalten. Ihre Mitglieder waren in voneinander getrennten Zellen organisiert und unterstanden der Autorität eines zentralen Kollektivs. Sie studierten die revolutionären Theorien in Anlehnung an die marxistische Lehre und die Konzepte zum Guerillakampf von Ho Chi Minh, Che Guevara und anderen. Ferner analysierten sie die Geschichte des Islam und interpretierten die Schia² als eine Protestbewegung gegen Klassenausbeutung und staatliche Repression. Daneben wurden die Gründer der MEK von den Lehren des Dr. Ali Shariati beeinflusst, einem zeitgenössischen iranischen Gelehrten, nach dessen Anschauung insbesondere der schiitische Islam in seinen Wesenszügen grundsätzlich revolutionär ist. Unter dem Eindruck der Revolutionen in Algerien und Kuba sowie des Vietnam-Krieges entwickelte die MEK zudem eine **antiimperialistische, antiwestlich und antiamerikanisch geprägte Konzeption**.

Diese Konzeption schrieb zum einen den bewaffneten Kampf und zum anderen den Propagandakrieg als Mittel zur Erlangung der politischen Macht vor. Gewaltfreier Reformismus wurde von der Organisation seit jeher abgelehnt. So war einer im November 1974 erschienenen Erklärung der MEK-Gründer zu entnehmen:

*„Wir mussten uns die Frage stellen: Was soll getan werden?
Die Antwort war geradeheraus: Bewaffneter Kampf!“³*

Dieses Bekenntnis zur Gewalt hat die strategische Konzeption der MEK seit deren Gründung bestimmt.

Der Umsetzung der Theorie in die Praxis gingen Kontakte zur „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) voraus, die Mitgliedern der MEK eine militärische Ausbildung in Lagern im Libanon, Syrien und Jordanien ermöglichte.



Emblem der MEK

2 Bei der Schia handelt es sich um eine frühe Abspaltung innerhalb des Islam, deren Anhänger als Schiiten bezeichnet werden. Sie ist Staatsreligion im Iran. 10 – 15% der Muslime weltweit sind verschiedenen schiitischen Gruppierungen zuzurechnen. Ihnen gemeinsam ist die Überzeugung, dass nur der Vetter und Schwiegersohn des Propheten Ali (reg. 656 – 661 n. Chr.) und dessen direkte männliche Nachkommen mit der Prophetentochter Fatima legitime Nachfolger Mohammeds sind. Die Schiiten nannten sich „Shi‘at Ali“ („Partei Alis“). Dagegen verstehen sich die Sunniten, die größere der beiden Hauptrichtungen des Islam (etwa 90% der Muslime), als die islamische Orthodoxie und erkennen im Gegensatz zu den Schiiten auch die Nachfolger Mohammeds (Kalifen) als rechtmäßig an, die nicht dessen Nachkommenschaft entstammen.

3 Ervad Abrahamian: „The Iranian Modjahed“, New York, 1989, S. 86, zitiert nach einem Bericht des US-Außenministeriums zur MEK aus dem Jahr 1994.



Massoud Radjavi

1.1 Kampf gegen das iranische Regierungssystem vor der „Islamischen Revolution“

Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die MEK lässt sich auf das Jahr 1971 datieren. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 2.500-jährigen Bestehen der persischen Monarchie hatte die Organisation geplant, das Hauptelektrizitätswerk in Teheran zu sprengen; der Anschlag konnte allerdings vereitelt werden. Nach monatelangen Ermittlungen wurden 1972 zahlreiche Mitglieder der Organisation durch den Savak, den Geheimdienst des Schahs, verhaftet. Unter ihnen befand sich auch der heutige MEK-Führer Massoud Radjavi.

Die darauf folgenden Hinrichtungen und Gefängnisstrafen von Mitgliedern führten nicht zu einer Schwächung der Organisation. Inhaftierte MEK-Mitglieder rekrutierten Mitgefangene und die Organisation führte außerhalb der Gefängnisse bewaffnete Aktionen durch. So mehrten sich in der Folgezeit Sprengstoffanschläge auf US-amerikanische und iranische Einrichtungen. Zwischen 1973 und 1976 wurden sechs US-Staatsangehörige – drei Offiziere und drei Geschäftsleute – im Iran Opfer von Mordanschlägen, zu denen sich die Organisation bekannte.⁴

Seit Ende 1977 kam es im Iran zwischen den Schah-feindlichen Gruppen und dem Regime zu teils bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen. Im Herbst 1978 wurde unter der Führung des im französischen Exil lebenden Ayatollah Khomeini die so genannte Islamische Revolution eingeleitet, deren Ziel es war, das Schah-Regime zu stürzen und ein theokratisches Gesellschaftssystem („Welayat e-fagih“ – „Herrschaft des obersten Rechtsgelehrten“) zu errichten. In dieser Zeit ließ der unter internationalem Druck stehende Schah zahlreiche politische Gefangene frei, unter ihnen eine Reihe von Mitgliedern der MEK. Diese sollten bei der weiteren innenpolitischen Entwicklung des Iran eine bedeutsame Rolle spielen.

Khomeini kehrte am 1. Februar 1979 nach Teheran zurück, nachdem der Schah gestürzt worden war und das Land für immer verlassen hatte.

1.2 Kampf gegen das iranische Staatssystem nach der „Islamischen Revolution“

Im Zuge der Machtübernahme durch Khomeini wurde der seit 1972 im Gefängnis einsitzende Massoud Radjavi begnadigt. Wie bei den meisten anderen Gegnern des Schahs fand Khomeini auch in den Reihen der MEK ein erhebliches Unterstützungs- und Mobilisierungspotenzial.

Anhänger der MEK waren neben Parteigängern Khomeinis auch an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran und der Geiselnahme des Personals beteiligt (November 1979). Beide Gruppen verband eine anti-amerikanische Haltung. Nachdem die neue klerikale Führung des Iran jedoch unter zunehmendem internationalen Druck die Geiseln nach 444 Tagen Gefangenschaft

⁴ Quelle: Bericht des US-Außenministeriums zur MEK aus dem Jahr 1994.

freigelassen hatte, kam es zum Bruch zwischen der MEK und den konservativen Geistlichen um Khomeini, da die MEK-Anhänger aufgrund ihrer radikal antiamerikanischen Einstellung entschiedene Gegner dieser Freilassung waren.

Es gelang den „Volksmodjahedin“ zudem nicht, ihre sozialistischen Ziele durchzusetzen oder sich eine Position in der neuen politischen Struktur des Iran zu sichern. 1981 hatten die im Kampf gegen den Schah noch vereinigten Oppositionsgruppen, einschließlich der MEK, den nachrevolutionären Machtkampf gegen die konservativen Kleriker um Khomeini verloren. Die sich verschärfenden innenpolitischen Spannungen fanden ihren Höhepunkt als am 20. Juni 1981 eine Großdemonstration von ca. 500.000 Khomeini-Gegnern durch Revolutionsgardisten gewaltsam aufgelöst wurde. Es folgten Überfälle auf die Büros der „Volksmodjahedin“ sowie Massenverhaftungen und Hinrichtungen ihrer Funktionäre und Anhänger. Die „Volksmodjahedin“ antworteten mit einer Reihe blutiger Bombenanschläge auf Einrichtungen und Vertreter der neuen Regierung. Bei zwei verheerenden Anschlägen auf die Machtelite des Staates mit mehr als 100 Toten wurden auch der Staatspräsident Ali Rajai und der Ministerpräsident Mohammad Javad Bahonar getötet. Auf diese Herausforderung reagierte der iranische Staat mit einem Verbot der Organisation und der rücksichtslosen Verfolgung ihrer Anhänger. Dies schloss bis in die jüngste Vergangenheit die langjährige Inhaftierung, Folterung oder gar den Tod Tausender von Anhängern ein.

Angesichts der Tatsache, dass weitere politische Aktivitäten im Iran nicht möglich waren, entschloss sich der MEK-Führer Massoud Radjavi im Juli 1981 zusammen mit seinem damaligen Schwiegervater, dem von Khomeini kurz zuvor abgesetzten iranischen Präsidenten Abdul Hassan Bani Sadr⁵, zur Flucht nach Frankreich. Dort begannen beide mit dem Aufbau des „Nationalen Widerstandsrates Iran“ (NWRI), einer Dachorganisation „linker“ iranischer Oppositionsgruppen. Das immer stärker werdende Dominanzstreben der „Volksmodjahedin“ und ihres Führers Massoud Radjavi prägte bereits nach kurzer Zeit diesen Zusammenschluss und veranlasste in der Folgezeit zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen, darunter auch Bani Sadr, zum Austritt aus dem NWRI, der seither vor allem als Sprachrohr der MEK fungiert.

Vermutlich auf Druck der französischen Regierung musste Radjavi 1986 sein Exil verlassen. In Begleitung eines Großteils seiner Führungsfunktionäre und Anhänger verlegte er sein Hauptquartier in den Irak, der sich seit 1980 mit dem Iran in einem für beide Seiten verlustreichen Krieg befand. Mit Unterstützung des damaligen irakischen Präsidenten Saddam Hussein gründete Radjavi die „Nationale Befreiungsarmee“ (National Liberation Army, NLA), eine Rebellenarmee mit seinerzeit rund 4.000 Kämpfern, die vom Irak militärisch ausgebildet und bewaffnet wurden. Im Sommer 1988, kurz vor dem irakisch/iranischen Waffenstillstand, unternahm die NLA einen mit den iraki-

5 Bani Sadr, der nach dem Sturz der Monarchie 1979 in den Iran zurückgekehrt war, beteiligte sich dort als Mitglied des Revolutionsrats maßgeblich an der Errichtung der „Islamischen Republik Iran“. 1980 wählte ihn die Bevölkerung zum Staatspräsidenten. Konflikte mit den radikal-islamischen Kräften führten jedoch zu seiner allmählichen Entmachtung und 1981 zu seiner Absetzung.

schen Streitkräften koordinierten Vorstoß auf iranisches Territorium, der aber vom iranischen Militär unter großen Verlusten der NLA zurückgeschlagen wurde.

Seitdem lehnt die iranische Bevölkerung die „Volksmodjahedin“ als Kollaborateure des verhassten irakischen Regimes mehrheitlich ab.

2 Das politische Programm des „Nationalen Widerstandsrates Iran“ (NWRI)



Emblem des NWRI

Außerhalb des Iran wird die Organisation der „Volksmodjahedin“ durch ihren politischen Arm NWRI vertreten.

Dieser von der MEK dominierte Zusammenschluss einer inzwischen kleinen Zahl von Organisationen und zahlreichen Einzelpersonen konstituierte sich 1993 in Paris als so genanntes iranisches Exilparlament. Nach eigenen Angaben verfügt dieses über ca. 550 Mitglieder.



Sitzung des sogenannten Parlamentes

Das durch keine repräsentativen Wahlen unter den im Ausland lebenden Iranern legitimierte Scheinparlament wählte im selben Jahr die Ehefrau Massoud Radjavis, Maryam Radjavi, zur „künftigen Präsidentin des Iran“.

Die von der Geschäftsordnung mindestens alle drei Monate vorgeschriebenen Sitzungen wurden lediglich an-

fangs regelmäßig in Paris als dem offiziellen Sitz abgehalten, später wurden sie durch sporadische Treffen im Hauptquartier der MEK im Irak ersetzt. Durch die völlige Zerstörung des Hauptquartiers bei Bombardements von US-Streitkräften im Zuge des Irak-Kriegs (2003) ist der MEK jedoch dieser zentrale Stützpunkt verloren gegangen.



Maryam Radjavi

Der NWRI gibt vor, als „einzige demokratische Alternative zum derzeitigen iranischen Regime“ die Interessen des iranischen Volkes zu vertreten und macht dementsprechend einen Alleinvertretungsanspruch innerhalb der iranischen Opposition geltend.

In ihrem aktuellen Programm fordert die Organisation Rede-, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die freie Betätigung politischer Parteien und Gewerkschaften, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie gleiche politische und soziale Rechte für alle Iraner.

Mit diesen Forderungen rücken die „Volksmodjahedin“ von ihrer revolutionären Ideologie ab und bekennen sich verbal zu den Grundwerten einer liberalen Demokratie. Ob diese Änderung der politischen Zielsetzung angesichts eines bislang nicht erfolgten ausdrücklichen Verzichts auf terroristische

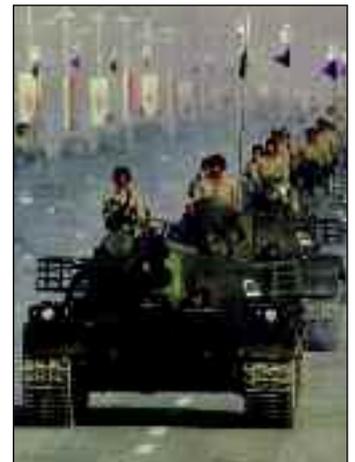
Handlungsoptionen auf Dauer Bestand haben wird oder nur ein „Lippenbekenntnis“ bleibt, muss sich noch zeigen.

Jedenfalls wollte die Organisation bis 2001/2002 die politische Macht im Iran durch Anwendung von Gewalt erringen – und nicht im Wege eines friedlichen Prozesses. Entsprechend erklärte Massoud Radjavi 1997:

„Der ‚Nationale Widerstandsrat‘ sieht den bewaffneten Kampf, der in Wirklichkeit den Pionieren des Widerstandes vom Regime aufgezwungen wurde, als einen Hauptweg zum Sturz der religiösen Herrschaft des Regimes an. Die ‚Nationale Befreiungsarmee‘, die das Hauptwerkzeug im Kampf gegen das Mullahregime ist, hat kein anderes Ziel, als das unmenschliche Regime zu stürzen. In dem neuen Abschnitt der Problemlösung, bei der das militärische Element mehr denn je an das gesellschaftliche Element herangeführt werden muss, wird die ‚Nationale Befreiungsarmee‘ unterstützt. Dies bedeutet, dass man sich den Kämpfern dieser Armee anschließt und diese Tat als eine dringliche nationale Aufgabe ansieht.“⁶

Die frühere Zielsetzung der MEK-Führung sah vor, dass die inzwischen entwaffnete NLA im Rahmen der seit Jahren prophezeiten bürgerkriegsähnlichen Unruhen und eskalierender Fraktionskämpfe innerhalb der iranischen Führung in den Iran einmarschieren und – von der Unterstützung der Bevölkerung getragen – das „terroristische Regime der Mullahs“ stürzen sollte. Bis zur Abhaltung allgemeiner und freier Wahlen sollten der NWRI als „Übergangsparlament“ sowie Maryam Radjavi als „Übergangspräsidentin“ fungieren. Die Anhänger des alten Regimes sollten von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen und zudem bestraft werden.

Für dieses Ziel versuchte das Ehepaar Radjavi jahrelang seine Anhänger zu mobilisieren. Stets wiederkehrend wurden das unmittelbar bevorstehende Ende der klerikalen Herrschaft in Teheran angekündigt und die weltweit verstreuten NWRI-Anhänger zu verstärkten Anstrengungen aufgerufen.



Panzer der NLA

3 Die weltweiten Aktivitäten der „Volksmodjahedin“

Ein autoritärer Führungsstil und in der Vergangenheit auch terroristische Vorgehensweisen kennzeichnen die Aktivitäten von MEK/NWRI.

3.1 Autoritärer Führungsstil

Die Organisationsführung verlangt von ihren Anhängern unbedingten Gehorsam und eine ständige weltweite Verfügbarkeit. Sie wird unterhalb des autoritär regierenden Ehepaares Radjavi – zuletzt auch innerhalb der „Nationalen Befreiungsarmee“ – von Frauen dominiert. Mit dieser Frauendominanz in der

6 Publikation „Iran Zamin“, Nr. 156 vom 13.10.1997.



Der ausschließlich aus Frauen bestehende Führungsrat

Führung des NWRI wird bewusst ein Gegenmodell zum patriarchalen System im Iran geboten.

Das vom NWRI nach außen hin propagierte Demokratieprinzip findet intern keine Anwendung. In einem System aus sektenartigem Führungsstil, Gruppenzwang, stalinistischem Führerkult um Massoud und Maryam Radjavi sowie vielfältigen psychischen Repressionen wurden die Aktivisten zumindest in der Vergangenheit zur völligen Aufgabe ihrer eigenen Persönlichkeit gedrängt.

Sie hatten die Befehle ihrer Führung kritiklos umzusetzen. Anhänger der Organisation wurden in der Vergangenheit auf Befehl Massoud Radjavis sogar zur Ehescheidung genötigt und von ihren Familien isoliert, damit sie sich in vollem Umfang und ohne jegliche Ablenkung der Arbeit für die Organisation widmen konnten. Die Kinder der Betroffenen wurden – getrennt nach Geschlecht und Altersgruppen – in organisationseigenen so genannten Kinderhäusern im westlichen Ausland untergebracht.

Die Anleitung der NWRI-Anhänger erfolgt auch in Deutschland durch langjährig der Organisation angehörende weibliche Kader, die bis zum Verlust ihres Hauptquartiers im Irak einer ständigen, bürokratisch perfektionierten Berichtspflicht gegenüber der Führung im Irak unterlagen. Es dürfte davon auszugehen sein, dass die Führung im Westen zumindest interimswise auf die bisherige Europazentrale der MEK in Frankreich übergegangen ist. Charakteristisch für die Führungskader bleibt allerdings weiterhin das weltweit praktizierte Rotationsprinzip, das in allen Arbeitsbereichen angewandt wird. In der Vergangenheit ging es dabei nicht nur um Wechsel zwischen den Stützpunkten im Ausland, sondern insbesondere um Umsetzungen von weiblichen Kommandeuren der NLA in die Stützpunkte in Europa und Nordamerika. Die ständige Rotation der Kader-Mitglieder bewirkt, dass eine Spezialisierung für eine bestimmte Tätigkeit unmöglich ist und eine Machtkonzentration neben dem Ehepaar Radjavi verhindert wird. Zur Durchführung der weltweiten Personalwechsel und zum Schutz der Führungskader vor Nachstellungen des iranischen Nachrichtendienstes bedient sich die Organisation eines ausgefeilten Systems von Personenschleusungen. In der Vergangenheit geschah dies auch unter Verwendung verfälschter Personalpapiere.

Die Angehörigen der „Nationalen Befreiungsarmee“ unterlagen einem strengen militärischen Drill. Die früher unter dem Schutz und der besonderen Aufsicht des irakischen Sicherheitsapparates stehende Rebellenarmee rekrutierte neue Mitglieder konspirativ sowohl im Heimatland als auch unter den im westlichen Ausland lebenden Iranern. In den ca. 15 Lagern und Stützpunkten der Organisation im Irak wurden die Rekruten sowohl einer militärischen Ausbildung als auch einem Training für Guerillaaktionen unterzogen. Die Waffen stammten primär aus irakischen Beständen. Auch aus diesem Grund war die Organisation auf das Wohlwollen der irakischen Regierung angewiesen, von deren Seite sie offene Unterstützung genoss.

3.2 Terroristische Aktivitäten im Heimatland

Kommandos der NLA führten – verstärkt nach der Wahl des reformorientierten iranischen Präsidenten Mohammad Khatami 1997 bis zum Jahre 2001/2002 – Guerillaaktionen im Iran durch. Hauptanschlagsziele waren Kasernen der Armee und der Revolutionsgarden, Polizeistationen, Geheimdienstzentralen sowie andere staatliche Einrichtungen. Von den iranischen Behörden wurde in diesem Zusammenhang regelmäßig der Vorwurf erhoben, dass bei solchen Attacken aufgrund der rücksichtslosen Vorgehensweise oftmals Zivilisten verletzt oder getötet wurden.

Opfer terroristischer Gewalt wurden aber auch hohe Funktionsträger, so z.B. ein ehemaliger Direktor des – wegen seiner Unmenschlichkeit im Umgang mit Gefangenen – berüchtigten Evin-Gefängnisses in Teheran (1998) sowie der stellvertretende Generalstabschef der iranischen Armee (1999). Diese Morde wurden von der MEK in ihren Presseerklärungen als „Bestrafungsaktionen“ für Menschenrechtsverletzungen gerechtfertigt. Die Organisation hat von 1981 an bis heute öffentlich die Verantwortung für die Ermordung einer großen Zahl von Iranern übernommen, die sie als „Agenten des Regimes“ bezeichnete, aber auch für zahllose Sabotageakte, wie z. B. den Angriff auf das iranische Verteidigungsministerium am 3. Juni 2001.

3.3 Reaktionen auf Terroranschläge der MEK

Wegen dieser Terrorakte unterliegen die Anhänger der „Volksmodjahedin“ weltweit der Verfolgung durch iranische Nachrichten- und Sicherheitsdienste. Zahlreiche Funktionäre der Organisation wurden Opfer von Mordanschlägen, im Iran wurden viele ihrer Anhänger hingerichtet.

Die Guerillaanschläge der NLA im Iran hatten häufig auch militärische Gegenschläge der iranischen Streitkräfte in Form von Luft- oder Raketenangriffen auf NLA-Lager im Irak zur Folge.

Ein derartiger Luftangriff führte im April 1992 zu einer koordinierten Aktion von Anhängern der MEK, die zeitgleich in elf Ländern diplomatische Einrichtungen des Iran stürmten und verwüsteten. Deutschland war in besonderer Weise betroffen, da gleich drei Objekte, nämlich die Botschaft in Bonn sowie die Generalkonsulate in Hamburg und München verwüstet und teilweise sogar in Brand gesetzt wurden. Es entstanden Schäden in Millionenhöhe.

Das negative Echo auf diesen Vandalismus veranlasste die Organisation, sich seitdem mit Gewaltaktionen im Westen zurückzuhalten. Allerdings waren iranische Repräsentanten bei Besuchen in westlichen Ländern in zurückliegenden Jahren regelmäßig Ziele von Farbbeutel- und Eierwürfen durch NWRI-Anhänger. Solche und andere Demonstrationen soll-



Verwüstete Iranische Botschaft in Bonn

ten einer Annäherung Irans an den Westen und einer Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen entgegenwirken.

Wegen ihrer früheren Terroraktionen ist die MEK auf mehreren Listen terroristischer Organisationen verzeichnet. Bereits im Jahre 1997 hatte das US-Außenministerium die MEK durch Aufnahme in eine Liste von insgesamt 30 terroristischen Organisationen geächtet. Diese Einstufung wurde im Herbst 1999 nochmals bekräftigt und der NWRI als Frontorganisation mit einbezogen. In Großbritannien wurde die MEK im Jahr 2001 ebenfalls als terroristische Organisation eingestuft und verboten. Das Verbot erstreckte sich jedoch nicht auf den NWRI und die von der MEK herausgegebene farsisprachige Wochenzeitung „Modjahed“.

Im Mai 2002 wurden die MEK und die NLA – nicht aber ihr politischer Arm NWRI – aufgrund der nationalen Listung durch Großbritannien durch einen Beschluss des Rates der Europäischen Union (in der Folge „Rat“) auch in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen (vgl. auch Ziff. 3.4).⁷

Der hierdurch entstandene Druck auf die Organisation hat – nicht zuletzt auch im Schatten der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA – augenscheinlich dazu geführt, dass Terroranschläge der MEK im Iran sowie militante Übergriffe auf iranische Offizielle im Westen seit Mai 2002 ausgeblieben sind.

Nach der Entmachtung des diktatorischen Regimes Saddam Husseins sieht sich die MEK an einem Wendepunkt angelangt. Im Zuge des Irak-Krieges wurden die Lager der NLA von den US-Streitkräften mehrfach bombardiert, darunter auch das als Hauptstützpunkt der Organisation bekannte Lager „Ashraf“ in der Nähe Bagdads. Vertreter des US-Militärs im Irak nahmen in der Folge am 14. April 2003 die Kapitulation der NLA entgegen. Nach dem Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens am 22. April 2003 forderten die amerikanischen Streitkräfte die NLA am 9. Mai 2003 unter Androhung militärischen Zwangs zur unverzüglichen Entwaffnung auf. Dem kam die Organisation am 11. Mai 2003 nach. Ihre ca. 4.000 Kämpfer wurden in dem ehemals größten Lager „Ashraf“ unter US-Aufsicht gestellt. Sie erhielten in der Folge ein Aufenthalts- und Bleiberecht als Flüchtlinge nach dem 4. Genfer Abkommen. Die NLA – als bewaffneter Arm der MEK – existiert damit faktisch nicht mehr, wenngleich im Rahmen der seit 2001/2002 begonnenen gewaltlosen politischen Ausrichtung (vgl. Ziff. 6) auch kein ausdrücklicher Verzicht auf militante Aktionsformen erklärt wurde.

Die Zukunft der aktuell noch ca. 3.500 MEK-Angehörigen im Lager „Ashraf“ bleibt ungewiss. Zwar ist die irakische Regierung seit dem Jahre 2003 bemüht, die MEK-Präsenz im Irak zu beenden. Bislang blieben jedoch alle angekündigten Maßnahmen ohne Konsequenzen. Noch im Sommer 2008 wies der NWRI auf laufende Verhandlungen zwischen den Koalitionskräften und der

⁷ Nach Art. 1 Absatz 4 des Gemeinsamen Standpunktes des Rates vom 27. Dezember 2001 (2001/931/GASP) ist Voraussetzung für eine Aufnahme in die EU-Liste terroristischer Organisationen der Beschluss einer zuständigen nationalen Behörde, gegen eine Person, Vereinigung oder Körperschaft Ermittlungen oder Strafverfolgung wegen Terrorismusbezuges einzuleiten.

irakischen Regierung hin, die eine kurzfristige Auflösung des Lagers „Ashraf“ zum Ziel hätten. Diese Entwicklung bildete u.a. den Anlass für anhaltende Demonstrationen von NWRI-Anhängern vor dem UNHCR-Büro in Genf.

Vor diesem Hintergrund scheint der weitere Bestand des Lagers „Ashraf“ in der Region zunehmend in Frage gestellt.

Insgesamt hat die Situation der MEK im Irak dazu beigetragen, dass die Organisation ihr Handlungsspektrum zurzeit auf politische Agitation beschränkt. Hierbei kommt ihrem in Europa und Nordamerika agierenden politischen Arm NWRI die führende Rolle zu.

3.4 Politischer Kampf im Westen

In Westeuropa und Nordamerika entfaltet der NWRI eine intensive Propagandatätigkeit gegen das iranische Regierungssystem. Besonders stark vertreten ist der NWRI in den Ländern mit einer größeren Anzahl von iranischen Asylbewerbern und Asylberechtigten (Deutschland, die skandinavischen Länder, die Niederlande, Frankreich, die Schweiz und Italien).

Die Organisation versucht, durch geschickte Lobbyarbeit die öffentliche Meinung sowie gesellschaftliche und politische Entscheidungsträger in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zu dieser Strategie gehören in Deutschland immer wieder Versuche, auf Bundes- und Länderebene Kontakte zu Regierungsvertretern und Parlamentariern aufzunehmen, um diese über die angeblich demokratischen Ziele der Organisation zu informieren und zu einer politischen Unterstützung zu bewegen.

Die Basis der Argumentation bildet vor allem die von Maryam Radjavi unermüdlich propagierte Strategie des sog. „Dritten Weges“. Demnach sei ein Wechsel der politischen Verhältnisse im Iran weder durch eine militärische Intervention der USA (1. Weg) noch durch eine „Beschwichtigungspolitik“ Europas (2. Weg) zu erreichen. Die sog. „Dritte Option“ bestehe in der politischen Umwälzung im Iran durch das iranische Volk und seinen „organisierten Widerstand“. Hierzu gehöre auch die „Befreiungsarmee“. Die Organisation der Volksmodjahedin bezeichnete Maryam Radjavi in diesem Kontext als „Herz des Widerstandes“. Die „Beseitigung des ungerechtfertigten Terrorretiketts“ gegen die MEK sei eine notwendige Voraussetzung für einen Wandel und die Schaffung eines demokratischen Irans.

Im Ausland ist es mit dieser Linie vereinzelt gelungen, Iran-Debatten zu beeinflussen bis hin zur Verabschiedung von Resolutionen, in denen der NWRI als eine Alternative zum derzeitigen iranischen Regierungssystem bezeichnet wird. In Deutschland zeigte sich der Versuch der politischen Einflussnahme zuletzt bei einem Besuch von Maryam Radjavi vom 23.- 27. November 2008 in Berlin.

Diese Entwicklung sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der politische Standpunkt des NWRI im Wesentlichen nicht von seinen früheren

Positionen unterscheidet. So hatte die Organisation bereits in der Vergangenheit den Anspruch erhoben, als „einzige demokratische Alternative“ die Interessen des iranischen Volkes zu vertreten und zudem die NLA als „Hauptwerkzeug im Kampf gegen das Mullahregime“ bezeichnet (vgl. Ziffer 2.).

Die Propagandatätigkeit des NWRI manifestiert sich außerdem in zahlreichen Veröffentlichungen der Organisation. Hierzu gehörte im Sommer 2007 auch eine Gegendarstellung des NWRI zu einer BfV-Publikation. In dem auf der Internetseite des NWRI veröffentlichten Papier wurde die Darstellung des BfV zu MEK und NWRI als „manipuliert und fragwürdig“ bezeichnet – allerdings erst sieben Jahre nach dem ersten Erscheinen dieser Publikation.

In der politischen Agitation des NWRI nimmt der Kampf gegen die Einstufung der MEK als Terrororganisation seit geraumer Zeit einen besonderen Stellenwert ein. Insbesondere durch ihre Listung als terroristische Organisation sieht die MEK die Gefahr, westliche Länder als Basis für ihre politischen Aktivitäten gegen die iranische Führung zu verlieren und dadurch noch weiter in die politische Isolation zu geraten. Durch eine verstärkte Lobbyarbeit – in Kombination mit Unterschriftenaktionen und Informationsständen auch in deutschen Städten – soll die Streichung der MEK von den internationalen Listen erreicht werden.

Als Teil dieser Strategie initiierte die MEK Ende 2001 die Bildung einer „Nationalen Solidaritätsfront“. Als Voraussetzung für die Aufnahme in das Bündnis galt eine aktive Gegnerschaft zum iranischen „Mullahregime“, die Akzeptanz einer strikten Trennung von Staat und Religion und das Bekenntnis zu einer demokratischen Staatsform im Iran. Nach außen sollte der Eindruck erweckt werden, die MEK strebe ein Zusammengehen mit anderen iranischen Oppositionsgruppen an.

Tatsächlich aber war diese Initiative der MEK ein taktisch begründetes „Lippenbekenntnis“. Angesichts der seit Jahren zunehmenden politischen Isolation der MEK sowie des Bewusstseins anderer Oppositionsgruppen, dass die MEK auch in Zukunft den von ihr seit jeher verfolgten Alleinvertretungsanspruch nicht aufgeben würde, blieb eine positive Resonanz anderer Oppositionsgruppen erwartungsgemäß aus.

Parallel zur politischen Agitation des NWRI erhob die MEK gegen ihre auf dem EU-Ratsbeschluss vom Mai 2002 (vgl. Ziffer 3.3) und den Folgebeschlüssen basierende Einstufung als terroristische Organisation Klage beim Gericht Erster Instanz (GEI) der Europäischen Union. Dies zunächst mit Erfolg: so erklärte das GEI in seiner Entscheidung vom 12. Dezember 2006 den Ratsbeschluss zur Listung der MEK für nichtig. Es begründete seine Entscheidung damit, dass in dem Listungsverfahren bestimmte rechtstaatliche Prinzipien wie Verteidigungsrechte, Begründungspflicht sowie das Recht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz nicht gewährleistet worden waren.

Dem trug der Rat Rechnung, indem er der MEK die Gründe für die Listung nachträglich darlegte. Eine Streichung der MEK von der EU-Liste terroristischer Organisationen blieb in der Folge aus. In einem zuletzt am 15. Juli 2008 gefassten Beschluss bestätigte der Rat vielmehr die Einstufung der MEK und ihres im Jahre 2003 im Irak entwaffneten militärischen Arms NLA als terroristische Organisation. Der NWRI wurde hiervon – wie bereits in sämtlichen vorherigen Entscheidungen des Rates – weiterhin ausdrücklich ausgenommen. Ein erneutes Urteil des GEI vom 23. Oktober 2008 erklärte zwar unter Bezugnahme auf eine zwischenzeitlich erfolgte Streichung der MEK von der britischen TE-Liste eine Listungsentscheidung der EU vom 20. Dezember 2007 für nichtig. Der zeitlich danach aber auf neuen Erkenntnissen basierende Listungsbeschluss vom 15. Juli 2008 war nicht Gegenstand der Verhandlung vom 23. Oktober

Dies hat zur Konsequenz, dass die MEK bis auf Weiteres auf der EU-TE-Liste geführt wird.

4 Die Aktivitäten der Organisation in Deutschland

Bis 1994 waren die hiesigen Anhänger der „Volksmodjahedin Iran“ – derzeit etwa 900 Personen zuzüglich eines mobilisierungsfähigen Sympathisantenpotenzials – überwiegend in der inzwischen aufgelösten „Iranischen muslimischen Studentenvereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (IMSV) organisiert. Seitdem tritt der NWRI öffentlich als Plattform und politischer Arm der Anhängerschaft der MEK in Erscheinung. Die Organisation versucht ihr Negativimage abzustreifen und sich als parteiübergreifende Exilbewegung iranischer Oppositioneller zu präsentieren.

Vor dem Hintergrund der vom NWRI in der Vergangenheit praktizierten illegalen Geldbeschaffungsaktivitäten (vgl. Ziff. 5) war die Organisation in mehreren westlichen Ländern – so auch in Deutschland – Gegenstand umfangreicher Polizeimaßnahmen. Insbesondere Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft im Dezember 2001 verunsicherten den NWRI. Sie führten zunächst zu einem spürbaren Rückgang der in der Vergangenheit turnusmäßig wiederkehrenden Spendensammlungskampagnen, mit denen der NWRI seine Aktivitäten finanziert und die dem Erhalt seiner Strukturen dienen. Die Strafverfolgungsmaßnahmen und daraus resultierende finanzielle Schwierigkeiten hatten die Schließung zahlreicher Stützpunkte der Organisation im Bundesgebiet zur Folge. Diese Entwicklung führte ab dem Frühjahr 2002 zu einer Neustrukturierung des NWRI in Deutschland, in deren Verlauf die bis dahin in Köln ansässige Deutschlandzentrale des NWRI nach Berlin verlegt wurde. Dieser Schritt dürfte im Wesentlichen einem nunmehr verstärkt auf politische Agitation ausgerichteten Handlungsspektrum der Organisation geschuldet sein. Die Präsenz der Organisation im politischen Zentrum Deutschlands bildet aus Sicht des NWRI insoweit eine folgerichtige Maßnahme.

Die Strukturen des NWRI verteilen sich nahezu über ganz Deutschland, mit Schwerpunkten in Hamburg, Hannover, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und insbesondere im Köln-Bonner Raum.

Ein Kennzeichen des NWRI ist die professionell betriebene Propaganda. Die Anhänger der Organisation werden durch die Wochenzeitung „Modjahed“ informiert. Politische Propaganda erfolgt auch über Büchertische und Informationsstände speziell in größeren Universitätsstädten. In der Vergangenheit kamen die Anhänger und Sympathisanten der Organisation auch zu regelmäßigen Veranstaltungen zusammen, bei denen z.B. mit Videofilmen für den Eintritt in die NLA geworben und permanent zu Geldspenden aufgerufen wurde. Nach wie vor finden hin und wieder in eigens dafür angemieteten Räumlichkeiten größere Versammlungen statt.



Internet-Seite des NWRI

Eine besondere Bedeutung kommt der Nutzung des Internets zu. Es existieren inzwischen mehrere Internetseiten, die aktuelle Nachrichten aus dem Iran, Statements der MEK-Führung und des NWRI, Online-Publikationen sowie Hinweise auf aktuelle politische Kampagnen enthalten. Darüber hinaus informiert die NWRI-Homepage umfassend über Geschichte, Programm und Aufbau des NWRI und seiner Mitgliedsorganisationen. Ferner nutzt die Organisation intensiv die Möglichkeit des E-Mail-Verkehrs, um Medien, Politiker und Interessengruppen für ihre Belange einzunehmen.

Zur Kommunikation mit ihren Anhängern führt die Organisation Telefon- und Internetkonferenzen durch. Solche Konferenzen dienen u.a. zur Diskussion politischer Themen, zur Verbreitung propagandistischer Aussagen der MEK-Führung und zur Mobilisierung für anstehende zentrale Veranstaltungen der Organisation.

Ein Schwerpunkt der NWRI-Aktivitäten besteht darin, Veranstaltungen zu besonderen Anlässen auszurichten, z.B. an Gedenktagen der Organisation oder auch Kundgebungen zu aktuellen Ereignissen. Hierfür wird teilweise grenzüberschreitend mobilisiert und die Teilnehmer werden mit beträchtlichem finanziellem und organisatorischem Aufwand zum jeweiligen Veranstaltungsort gebracht.

Seit dem Jahre 2003 bildet der Jahrestag der Festnahme Maryam Radjavis in Frankreich (17.06.2003) den Anlass für großangelegte Demonstrationen des NWRI. An der zuletzt am 28. Juni 2008 bei Paris durchgeführten Veranstaltung nahmen organisationseigenen Angaben zufolge rund 70.000 Personen teil, die auch in Deutschland mobilisiert worden waren. Die hohe Teilnehmerzahl – wenngleich die Organisation eine übertriebene Zahl angibt – erklärt sich u. a.

durch die Teilnahme zahlreicher organisationsfremder Personen, denen für ihre Engagement eine kostengünstige touristische Reise nach Paris angeboten wurde.

In Deutschland war es zuletzt am 10. Februar 2005 in Berlin zu einer größeren Kundgebung gekommen. Diese war kurz vor ihrem Beginn zunächst verboten worden, konnte aber nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin unter Auflagen mit ca. 1.500 Teilnehmer stattfinden.



Demonstration des NWRI im
Februar 2005 in Berlin

5 Finanzquellen der Organisation

Bei der Finanzierung der Organisation spielte häufig der Missbrauch von Spendengeldern sowie das Erschleichen von Sozialleistungen eine Rolle. In diesem Zusammenhang ermittelten die Staatsanwaltschaften Hamburg und Köln in der Vergangenheit gegen NWRI-Angehörige. Zahlreiche Einzelverfahren wurden jedoch eingestellt, weil die Beschuldigten sich im Ausland aufhielten und für die Strafverfolgungsbehörden somit nicht greifbar waren. In einer Gesamtschau ergaben die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen allerdings, dass sich die Organisation eines ausgefeilten, in sich verflochtenen und äußerst konspirativen Finanzsystems bedient hat. So wurde u. a. erkennbar, dass durch ein Netzwerk verschiedener Vereine beschaffte Gelder (zum Teil in Millionenhöhe) im Rahmen eines professionell durchgeführten Geldwäscheverfahrens innerhalb der Organisation transferiert wurden.

5.1 Erschleichen von Sozialleistungen

Die minderjährigen Kinder von für die Organisation tätigen Aktivisten wurden in organisationseigene so genannte „Kinderhäuser“ im westlichen Ausland – u.a. auch in Köln – verbracht, so dem Einfluss ihrer Eltern entzogen, im Sinne der MEK indoktriniert und auf einen Einsatz als NLA-Kämpfer vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurden in der Vergangenheit seitens der Sozialämter mehrfach Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der zweckgerechten Verwendung gewährter Sozialleistungen beanstandet. So gehörte es zur Praxis der Organisation, Kinder gegenüber den Sozialämtern fälschlicherweise als Waisen auszugeben, um dadurch höhere Sozialleistungen zu erschleichen. Für diese angeblichen iranischen Waisenkinder wurden somit Sozialleistungen bezogen, obwohl deren Eltern noch lebten und sich teilweise sogar in Deutschland aufhielten.

Aber auch auf anderem Wege verschaffte sich die Organisation einen kontinuierlichen Geldzufluss. In den Büro- und Wohnstützpunkten speziell in Köln waren häufig bis zu 60 Personen behördlich gemeldet, die Sozialleistungen bezogen. Es lagen Anhaltspunkte dafür vor, dass es trotz der ständigen Fluktuation der Kader in andere westliche Länder oder in die Lager im Irak ge-

lang, durchgängig Sozialleistungen auch für abwesende Personen zu erschleichen. Die für diese Personen gezahlten Beträge wurden auf vorher eingerichtete Konten überwiesen, die von der MEK mittels eines ausgeklügelten Finanzsystems verwaltet wurden.

Insgesamt führte diese Vorgehensweise zur Zahlung von ungerechtfertigten Sozialleistungen in Millionenhöhe.

5.2 Missbrauch von Spenden

Die von der Organisation angemieteten Büros und Wohnstützpunkte, dauerhaft genutzte Mietfahrzeuge, die umfassende Nutzung moderner technischer Kommunikationsmittel sowie die vielfältigen Propagandaaktivitäten verschlingen jährlich erhebliche Geldsummen, die durch Spenden der Anhänger nur in geringem Maße gedeckt werden können. Deshalb befindet sich die Organisation mitunter in erheblichen Geldnöten.

Zur Finanzierung ihrer Aktivitäten führt die Organisation unter dem Deckmantel humanitärer Ziele unter anderem umfangreiche und professionell organisierte Spendengeldsammlungen durch. Diese finden in der Form von Haus- und vor allem als Straßensammlungen statt. Die Sammler treten in der Regel in kleinen Gruppen von bis zu vier Personen auf. Dabei werden auch Iraner, die zuvor in Asylbewerberunterkünften systematisch rekrutiert wurden, unter der Anleitung erfahrener Aktivisten der Organisation eingesetzt. Die Spendensammler zeigen DIN A 4-Ordner mit Informationsmaterial zu Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen im Iran – u.a. Fotos von Gefolterten, Hingerichteten, Flüchtlingen und Waisenkindern – um auf diese Weise die Spendenbereitschaft zu fördern. Spender werden veranlasst, sich in Spendenlisten einzutragen und somit ihre persönlichen Daten preiszugeben oder mit ihrer Unterschrift auf vorgefertigten Listen vermeintliche politische Kampagnen der Organisation zu unterstützen. Zur Verschleierung der tatsächlichen Hintergründe und um die angeblich humanitären Anliegen plausibel zu machen, treten dabei verschiedene Tarnvereine auf. Aktuell sind hier vor allem zu nennen:

- das „Menschenrechtszentrum für ExiliranerInnen e.V.“ (MEI), Düsseldorf,



- der „Menschenrechtsverein für Migranten e.V.“, Aachen,



- das „Hilfswerk für Menschenrechte im Iran e.V.“ (HMI),
Dortmund, 
- der „Verein für Menschen und Freiheit e.V.“ (VMF),
Troisdorf und 
- der „Verein für Hoffnung der Zukunft e.V.“ (VHdZ),
Berlin. 

Das an den Tag gelegte Sammelgebaren sowie festgestellte Manipulationen – wie die Verwendung unverplombter Sammelbüchsen oder die Verfälschung von Überweisungsträgern – führten in der Vergangenheit häufig zu behördlichem Einschreiten und Sammelverboten.

Durch das Einschreiten der Ermittlungsbehörden (vgl. Ziff. 4) konnten die mit großem Aufwand praktizierten Geldbeschaffungsaktionen zeitweise erheblich reduziert werden. Dies führte jedoch nicht zu einem Versiegen der Finanzquellen. Die Organisation erhöhte den Druck auf die eigenen Anhänger, Spenden zu leisten. In diesem Zusammenhang lagen in der Vergangenheit Hinweise vor, dass finanziell schwächer gestellte Organisationsangehörige sogar zur Aufnahme von Krediten genötigt wurden, um die Spendenforderungen in teilweise beachtlicher Höhe erfüllen zu können. Ferner wurden in dieser Zeit weiterhin systematisch Haussammlungen durchgeführt, bei denen im Einzelfall ein ohnehin höherer Geldfluss erwartet werden konnte. Bis zu ihrer selbst verkündeten Auflösung im Oktober 2003 trat dabei insbesondere die „Flüchtlingshilfe Iran e.V.“ (FHI) in Erscheinung. Bei diesen Hausbesuchen wurde den potenziellen Spendern die Übernahme von Kinderpatenschaften (verbunden mit Kosten von ca. 2.400 EUR für ein Kind/Jahr) aufgedrängt. Hierbei wurde bis zum Jahre 1997 vorgegeben, es handele sich um Waisenkinder, die aus dem Iran zunächst in die Türkei und später nach Europa verbracht werden sollten. Seit ca. 1998 wurden Patenschaften für Kinder vermittelt, die angeblich in von der MEK im Iran betriebenen Kinderheimen untergebracht waren.

Die Kosten für die Übernahme einer solchen Patenschaft wurden dabei mit angeblichen Unterhaltszahlungen für diese Kinder begründet. Patenschaften für ein Kind wurden auch mehrfach vermittelt bzw. voneinander abweichende Lebenssachverhalte zu dem betreffenden Kind dargestellt. In den meisten Fällen blieb es jedoch nicht bei der Übernahme einer Patenschaft. Die Ge-

täuschten wurden in der Folgezeit zur Zahlung weit höherer Beträge gedrängt, indem die Existenz weiterer Geschwister vorgetäuscht wurde. In einigen Fällen wurden Spender zur Zahlung von sechsstelligen Summen veranlasst und im Einzelfall um ihr gesamtes Vermögen gebracht.

Der Erfolg der FHI bei der gezielten Durchführung von Haussammlungen basierte in erster Linie auf einer massiven psychologischen Beeinflussung der möglichen Spender. Ansatzpunkte wurden durch Psychogramme herausgearbeitet, die zuvor anhand der persönlichen Daten in Betracht kommender Personen – im Sprachjargon der Organisation als „Objekte“ bezeichnet – erstellt wurden. Die Praxis der inzwischen aufgelösten FHI wurde von den zwischenzeitlich neu gegründeten Tarnvereinen zumindest teilweise übernommen. So versuchen die Aktivisten insbesondere im Rahmen von Haussammlungen gezielt ältere Menschen dahingehend zu beeinflussen, hohe Spenden zu leisten bzw. Darlehensverträge zugunsten der Organisation abzuschließen. In Einzelfällen handelte es sich hierbei um Beträge von mehreren 10.000 €.

6 Ausblick

Die MEK ist durch die Entwicklungen im Irak nachhaltig betroffen und sieht nach der Zerschlagung der NLA und der weitgehenden Auflösung ihrer Lager im Irak die Notwendigkeit einer Neuausrichtung. Das ehemals propagierte Ziel eines gewaltsamen Umsturzes im Iran ist zurzeit nicht realistisch; neue, richtungsweisende Strategien sind nicht vorhanden. Diese Situation sowie die anhaltende Aussichtslosigkeit ihres politischen Kampfes wirken demotivierend auf die Anhängerschaft der MEK bzw. des NWRI. Von daher fällt es der Organisation zunehmend schwerer, ihre Anhänger bei der Stange zu halten.

Der Sturz des Regimes Saddam Husseins und die anschließende Entwaffnung der NLA im Irak, die seither fehlende Unterstützung durch das Regime, die Internierung durch das US-Militär im Lager Ashraf und schließlich auch die anhaltenden Bemühungen der irakischen Regierung, die MEK-Präsenz im Irak zu beenden, haben dazu beigetragen, das Handlungsspektrum der Organisation verstärkt auf politische Agitation auszurichten. Seit 2001/2002 konnten terroristische Aktionen oder Planungen nicht mehr festgestellt werden. Aktuelles Ziel der Aktivitäten des NWRI in Europa ist es – in gewaltfreier Aktionsform – politische Bedeutung als iranische oppositionelle Exilbewegung zu erlangen. Drei konkrete Aufgaben stehen dabei im Vordergrund:

1. Streichung der MEK und NLA von der EU-Liste terroristischer Organisationen (zusätzlich Streichung des NWRI von der entsprechenden US-Liste).
2. Anprangerung der politischen Verhältnisse im Iran, insbesondere der Menschenrechtsverletzungen und der staatlichen Atompolitik.

3. Ablösung des staatlichen klerikalen Herrschaftssystems im Iran durch Überwindung von innen – durch eine iranische “Widerstandsbewegung“ unter Führung des NWRI.

Wenngleich die Aktionen von MEK und NWRI derzeit im Wesentlichen auf politische Agitation ausgerichtet sind, fehlt es noch immer an einer expliziten Abkehr von den früheren terroristischen Verhaltensmustern.

Insbesondere die nach wie vor brisante Lage im Irak und der ungeklärte Verbleib der dort befindlichen knapp 3.500 ehemaligen NLA-Kämpfer lassen eine gesicherte Prognose nicht zu. Nach wie vor sind einzelnen – unbesonnenen – Anhängern in besonderen emotionalisierten Situationen sicherheitsrelevante Aktionen auch in Europa zuzutrauen, wie z.B. eine im Juni 2003 erfolgte Selbstverbrennung als Reaktion auf die damalige Festnahme der “Exilpräsidentin“ Maryam Radjavi.

Vor diesem Hintergrund werden die Verfassungsschutzbehörden die Organisation und ihre Aktivitäten auch in Zukunft weiterhin aufmerksam beobachten.

UNSERE DEMOKRATIE
IST WEHRHAFT.
DESHALB:
VERFASSUNGSSCHUTZ.

Informieren
Sie sich:
Bundesamt für
Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Merianstraße 100
50765 Köln
Tel. 02 21 / 792 38 38
Fax 02 21 / 792 12 47
E-MAIL: pressereferat@verfassungsschutz.de
INTERNET: <http://www.verfassungsschutz.de>